Nr. 126 A 64 Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 15. März 1929 V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 90 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin, Unweit. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3685, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 600.

Ruhiger Start

Zum erstenmal seit vielen Jahren gibt es wieder im Reichstag einen Kampf um den Etat. Wir sehen darin einen Fortschritt. Die Etatkritik war in der Generalswirtschaft der Kriegszeit und in dem Zahlenwirrwarr der Inflationszeit verlorengegangen. Sehr langsam ist seit der Stabilisierung das Gefühl dafür wieder wach geworden, daß eine eingehende Durchleuchtung des Haushaltsplans unumgänglich notwendig ist. Den Anfang mit der Etatkritik hat die Presse gemacht, dann begannen sich die Wirtschaftsverbände näher damit zu beschäftigen, und nun hat auch das Parlament sich auf diese, seine älteste und wichtigste Aufgabe besonnen.

Daß in der Etatkritik die Demagogie nicht fehlt, daß übereifrige Verbandspolitiker und kaltgestellte Oppositionsführer Forderungen aufstellen, an deren Erfüllbarkeit sie selbst nicht glauben, muß man mit in Kauf nehmen. Ein gutes Zeichen jedenfalls für den Parlamentarismus, daß gestern, am ersten Tag der großen Etatdebatte, so wenig von diesem Demagogenspiel im Reichstag zu spüren war. Die Aussprache war, von Einzelheiten abgesehen, durchaus auf einen sachlichen und ehrlichen Ton abgestimmt.

Der Ton war gegeben durch die Rede, mit der der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die Etatsberatung eröffnete. Man kennt die Etatreden unserer Finanzminister. Sie sind nicht, wie es in England zu sein pflegt, die große politische Beichte der Regierung vor dem Parlament, sie sind gewöhnlich mit einem Uebermaß von Zahlen belastet, das in den Amtszimmern des Ministeriums fleißige Räte für ihren Chef präpariert haben. Dr. Hilferding beherrscht genügend die Materie und die Kunst der Rede, um sich von solchen Vorarbeiten freizumachen und ohne Konzept für seine Sache einzusetzen. Daß seine Etatsrede unpolitischer war als mancher erwartet hat, liegt an der politischen Konstellation. Ein politisches Wort zu viel scheint bei dem Fehlen einer festen Koalition, durch die der Etat gesichert ist, gefährlicher, als ein Wort zu wenig. So vermied Dr. Hilferding auch vorsorglich, die wirtschafts- und sozialpolitische Struktur des Etats und der neuen von ihm angeforderten Steuern schärfer zu gegliedern. Daß er das Hauptgewicht der neuen Abgaben auf den Alkohol legen will, begründete er mit der vierfach höheren Besteuerung des Branntweins in England.

Deutsche Mahnungen richtet er nur an seine eigenen Parteifreunde und an die Arbeiterschaft. Zu hohe Belastung des Kapitals müsse bei der schmalen Kapitaldecke, die der deutschen Wirtschaft zur Verfügung steht, im Endeffekt auf die Arbeiterschaft zurückwirken. Er genierte sich auch nicht, offen auszusprechen, daß die künftige Steuererleichterung vor allem auf die Umgestaltung der direkten Steuern gerichtet sein müsse. Die Ankündigung, daß die Arbeitslosenversicherung abgeändert werden soll, bezieht sich wohl nur auf die finanzielle Sicherung dieses großen sozialpolitischen Werks.

Denn das ist die peinliche Zugabe zu allen anderen Schwierigkeiten dieses Etats: daß die furchtbare Arbeitslosigkeitdieses Winters dem Reich unerwartet hohe Lasten auferlegt hat. Die Mehrlasten für die Unterstützung der Arbeitslosen haben den Kassen des Reiches zum Ende des Etatsjahres empfindlich angegriffen. Man wird lavieren müssen, um durchzukommen. Kurzfristige Kredite von der Post, von der Bahn, wahrscheinlich auch von privaten Banken werden für ein paar Wochen notwendig sein. Aber es wird gehen. Das Gerücht, daß das Reich gezwungen wäre, eine „neue Inflation" zu machen, um die Beamtengehälter zu zahlen, und was man sonst an Märchen dieser Art in den Blättern der Rechten lesen kann, ist vollständig unbegründet. Im Mai werden diese akuten Schwierigkeiten behoben sein, und der Reichsfinanzminister wird wieder mit den laufenden Einnahmen haushalten können. Auch dann freilich wird das Reich noch kurzfristige Kredite brauchen, um alle Anforderungen nachzukommen. Als Geldgeber steht zunächst die Invalidenversicherung zur Verfügung, indem sie Reichsschatzscheine annimmt und so dem Reich die 164 Millionen stundet, die sie als gesetzlichen Zuschuß beanspruchen kann. Die flüssigen Mittel der Sozialversicherung, die sich wohl auf 300 bis 400 Millionen Mark belaufen, sind groß genug, sodaß man ohne eigenes Risiko dem Reich entgegenkommen kann.

Um die Mehrbelastung des Arbeitslosen-Winters zu decken, denkt man in Zentrumskreisen und auch in der Sozialdemokratie daran, die ständig wachsenden Einnahmen aus der Lohnsteuer für diesen Zweck zu verwenden. Damit würde die vom Zentrum angeregte „Lex Brüning", die die Lohnsteuererträge auf 1300 Millionen Mark jährlich begrenzen will, eine vernünftige und für die Mehrheit des Reichstags annehmbare Aenderung erfahren.

Das politische Ergebnis des gestrigen Tages ist überhaupt, obwohl in der Debatte kaum ein Wort über Koalitionspolitik gesprochen wurde, eine Wiederannäherung des Zentrums an die Linke. Sowohl der sozialdemokratische Redner Dr. Hertz, der musterhaft klar und abgewogen unmittelbar nach dem Reichsfinanzminister sprach, wie auch der Zentrumsredner Brüning, bemühten sich sichtlich, einander entgegenzukommen und unnötige Polemiken zu vermeiden. Schlechter kam in der Debatte die Deutsche Volkspartei davon, die mit ihrem demagogischen Beschluß, jede Steuererhöhung rundweg abzulehnen, genügend Angriffspunkte geboten hat. Doch scheint auch die Volkspartei nicht gewillt zu sein, es zum Bruch kommen zu lassen. Jedenfalls hat sie für die morgige Plenarsitzung einen ihrer klügsten und verbindlichsten Redner, Dr. Cremer, ausgewählt. Die Stellung der Demokraten wird im Anschluß daran der frühere Reichsfinanzminister Reinhold präzisieren.

Selbst die Deutschnationalen haben sich bisher eine gewisse Mäßigung auferlegt. Die forsche Kriegervereinsrede, die gestern der deutschnationale Abg. Oberfohren eine Stunde lang in den Saal schmetterte, hat keinerlei Gemütserregungen hervorgerufen. Der Redner, der sich auch äußerlich bemühte, seinen großen Fraktionsgenossen Hergt zu kopieren, schäumte förmlich vor Ideenlosigkeit über. Aber es half nichts: der Reichstag war nicht aus seiner Ruhe zu bringen. Die Deutschnationalen haben ihr Pulver umsonst verschossen.

R. L—n.

Poincarés neuer Kammersieg

324 gegen 254

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

Ist Paris, 14. März

Das Kabinett Poincaré ist, wie zu erwarten war, in der großen Aussenaussprache mit der Opposition wieder einmal Sieger geblieben. Die Mehrheit, die es heute mittag für den von den Linksparteien mit Unterstützung der Finanzkommission bekämpften Dringlichkeitsantrag zugunsten der Kongregationen erhalten hat, war sogar stattlicher, als man im Lager der Mehrheit selbst zu hoffen gewagt hatte. Es waren immerhin 324 Stimmen, die Poincaré aufzubringen vermocht hat, während die Opposition durch zahlreiche Enthaltungen auf 254 Stimmen zusammengeschrumpft ist.

Mit der Gesamtheit der Rechtsparteien haben sich auch diesmal wieder die republikanischen Mittelgruppen, einschließlich der radikalen Linken, hinter das Kabinett gestellt. Die Offensive der Sozialisten und Radikalsozialen hat die gegnerische Front weder einzudrücken noch zu sprengen vermocht. Damit dürfte aber auch das Schicksal der Vorlage selbst bereits endgültig entschieden sein. Die Opposition kann durch die von ihr beschlossene Obstruktionstaktik ihre Verabschiedung hinausschieben, aber nicht mehr verhindern.

Die Debatte, die sich heute vormittag ausschließlich um den von Poincaré gestellten Antrag drehte, die Diskussion der Gesetzentwürfe heute nachmittag zu beginnen, war nur kurz. Der Ministerpräsident begründete seinen Antrag mit der Notlage der französischen Missionsorden, die mangels ausreichender Unterstützung mehr und mehr an Boden verlören und die dadurch verursachte Gefährdung des französischen Einflusses, vor allem im nahen und fernen Osten, sowie in Südamerika. Die französische Regierung sei gezwungen, rasch zu handeln und könne deshalb die Verabschiedung der zugunsten der Missionen eingebrachten Gesetzentwürfe nicht länger verschleppen lassen.

Im Namen der Finanzkommission verlangte dann deren Präsident, der radikalsoziale Abgeordnete Malvy, die Vertagung bis nach Erledigung des Nachtragsetats, der sonst unmöglich vor dem 31. März, dem Endtermin für den Abschluß des abgelaufenen Rechnungsjahres, unter Dach und Fach gebracht werden könne.

Nach einer kurzen Intervention des Außenministers Briand, der die Verschiebung abgab, daß die Regierung mit der Vorlage in keiner Weise der Trennungsgesetzgebung Abbruch zu tun beabsichtige, sondern sich lediglich durch die Gefahr für das französische Prestige im Auslande zum Handeln entschlossen habe, schritt man zur Abstimmung, die **eine Mehrheit von 69 Stimmen zugunsten der beantragten Dringlichkeit ergab.** Die Kammer hat demgemäß heute nachmittag die Diskussion der Gesetzentwürfe — es sind deren im ganzen 10 — aufgenommen. Bei der von der Linken beabsichtigten Obstruktionstaktik dürfte sie kaum vor Ostern zu Ende geführt werden können.

Die Kritik am Etat

An die Rede, mit der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die erste Beratung des Etats für 1929 einleitete, schloß sich unmittelbar die Aussprache, die bis Montag dauern soll.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) erinnert daran, daß im vorigen Jahre Dr. Hilferding als Oppositionsredner vorausgesagt habe, welche schlimme Erbschaft der nächste Finanzminister übernehmen müsse. Die schlechte Finanzlage sei nicht durch die jetzige Regierung, auch nicht durch die vorjährige Senkung der Lohnsteuer hervorgerufen worden; schon seit 1926 schleppe das Reich im außerordentlichen Etat ein beträchtliches Defizit mit sich herum. Mit dem Minister seien auch die Sozialdemokraten gegen jedes offene oder verschleierte Defizit. Sie lehnen deshalb auch solche Mittel ab, die nur eine Scheindeckung bringen würden, wie die Veräußerung von Vorzugsaktien der Reichsbahn.

Die Denkschrift des Hansabundes wage nicht einmal die Behauptung, daß bei Durchführung ihrer Streichungsvorschläge neue Steuern mit Sicherheit vermieden würden. Bei diesen Streichungsvorschlägen sei mit grenzenloser Leichtfertigkeit und mit einer Unkenntnis vorgegangen worden, die für ernste Politiker nicht rühmenswert sei. Die völlige Verkennung des innigen Zusammenhangs zwischen Staatswirtschaft und Volkswirtschaft zeige sich in dem Vorschlag, bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge und bei den Kanalbauten zu sparen. Der Hansabund habe merkwürdigerweise nicht die Möglichkeit entdeckt, die zweite Rate zum Panzerschiff A zu sparen. Dafür wolle er über die Hälfte von den sozialpolitischen Ausgaben streichen, obwohl es sich dabei um wirklich produktiv wirkende Aufwendungen handle, zum Teil um solche, auf die die Sozialrentner einen Rechtsanspruch haben.

Die Wirtschaftskrise würde noch viel schlimmer sein, wenn die Kaufkraft der Massen noch um den Betrag geschwächt würde, der jetzt in Form von Erwerbslosen-Unterstützung und Sozialrenten gezahlt wird. Gespart werden muß dagegen an dem großen Verwaltungsaufwand. Angesichts der großen Finanznot dürfte sich auch die Deutsche Volkspartei nicht länger sträuben gegen eine Kürzung der übermäßig hohen Pensionen. Eine steuerliche Ueberlastung des deutschen Volkes ist nicht zu befürchten, aber sie ist die Folge des verlorenen Krieges, für den nicht wir Sozialdemokraten die Verantwortung tragen. (Abg. Dr. Becker [D. Vp.]: „Die Sozialdemokraten haben am 4. August doch auch die Kriegskredite bewilligt!")

Aus den Bilanzen der großen Industrie-Werke ergibt sich, daß die Steuerleistung dieser Werke bei steigendem Gewinn zurückgegangen ist. Nach dem Zeugnis der Banken hat sich die Kapitalbildung bei uns günstig gestaltet. Sie darf sich nicht auf die wenigen großen Konzerne beschränken, sondern das ganze deutsche Volk muß daran beteiligt sein.

Die Regierung wird selbst nicht auf die unveränderte Annahme aller ihrer Deckungsvorschläge gerechnet haben. Mit der Kürzung der Länder- und Gemeinde-Anteile sind wir einverstanden, aber wir wollen dabei nicht über den Regierungsvorschlag hinausgehen. Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen treffen zu zwei Dritteln die Massensteuern und nur zu einem Drittel die Besitzsteuern. Wir verkennen nicht, daß in der Alkoholbesteuerung noch gewisse Möglichkeiten liegen. Wir verkennen nicht die schweren Bedenken, die gegen eine Erhöhung der Biersteuer sprechen. **Die von anderer Seite empfohlene Erhöhung der Umsatzsteuer lehnen wir ab.** Der Luxuskonsum könnte stärker getroffen werden, beispielsweise durch Erhöhung der Schaumweinsteuer.

Bei den Besitzsteuern müßten sich größere Erträge erzielen lassen. Auf die Aufsichtsratssteuer brauchten wir nicht länger zu verzichten. Die von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagene